



Zusammenfassung zum 15. Kinder- und Jugendbericht¹

Allgemein

Der Titel des 15. Kinder- und Jugendberichts lautet „**Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter**“ oder kurz „**Jugend ermöglichen**“. Im Mittelpunkt stehen dabei Jugendliche und junge Erwachsene. Folgende inhaltlichen Schwerpunkte wurden gesetzt:

1. Wie wird Jugend ermöglicht?
2. Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener – eine empirische Bestandsaufnahme
3. Alltagsleben, Ausdrucksformen und Handlungsräume Jugendlicher und junger Erwachsener
4. Das digital-vernetzte Leben Jugendlicher
5. Auf dem Weg zur Ganztagschule als Regelangebot – Zwischenbilanz aus einer jugendorientierten Sicht
6. Kinder- und Jugendarbeit im gesellschaftlichen Wandel
7. Soziale Dienste für Jugendliche und junge Erwachsene im institutionellen Gefüge des Aufwachsens

1. Wie wird Jugend ermöglicht?

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Jugend zu ermöglichen, bedeutet zu fragen, wie soziale **Teilhabe** von jungen Menschen **sozial gerecht** und die Bedingungen des Aufwachsens so gestaltet werden können, dass Jugendliche und junge Erwachsene die für sie alterstypischen Herausforderungen **eigenständig** und erfolgreich meistern zu können.

Gegenwärtig wird in erster Linie die **Eigenverantwortung** der jungen Menschen betont. So stehen im Mittelpunkt öffentlicher Perspektiven auf Jugend Herausforderungen, die Jugendliche jeweils individuell zu meistern haben und mit denen sie sich in der Gegenwartsgesellschaft platzieren müssen. Diese Diskussion um Eigenverantwortung kippt dabei vielfach um in einen Druck zur biografischen Selbstoptimierung.

Das deutsche Recht vermeidet den Terminus „Jugendliche“ weitgehend und die Dauer des Jugendalters wird in den verschiedenen Sozialgesetzbüchern auch unterschiedliche definiert. Auch im Feld der Politik sind widersprüchliche Perspektiven auf die Regulation von Jugend erkennbar. Bisher haben Konzeption und Gestaltung des Jugendalters und des jungen Erwachsenenalters keine klaren Konturen. An diesen Beispielen zeigt sich das **Fehlen eines weithin geteilten Verständnisses von Jugend** und einer kohärenten politischen Gestaltung des Jugendalters.

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland – 15. Kinder- und Jugendbericht – „Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“. Berlin.

Das Jugendalter kann gegenwärtig durch drei Kernherausforderungen charakterisiert werden:

- **Qualifizierung** (Erlangung von allgemeinbildenden, sozialen und beruflichen Handlungsfähigkeiten)
- **Verselbständigung** (Übernahme von soziokultureller, ökonomischer und politischer Verantwortung)
- **Selbstpositionierung** (Ausbildung einer Balance zwischen subjektiver Freiheit und sozialer Zugehörigkeit)

Die jungen Menschen machen in demografischer Hinsicht nur noch eine Minderheit aus und beteiligen sich überwiegend bei **politischen Themen**, die vor allem **ihr persönliches Leben betreffen** und von denen sie sich angesprochen fühlen. Im Gegensatz zur Vergangenheit spielen jugendpolitische Themen und die Verteidigung einer „Jugendposition“ in der Gesellschaft bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine untergeordnete Rolle.

Der **Verlust von Freiräumen** (z.B. Auszeiten, Rückzugsorte, Erprobungsräume – Orte, die nicht mit Leistungszwang und Leistungsdruck sowie Fremdbestimmung verbunden sind) ist durch die fortschreitende Institutionalisierung und pädagogische Inszenierung des Alltags auch bei den jungen Menschen ein Thema.

Das Thema „**Partizipation**“ ist eine zentrale jugendpolitische Herausforderung, die den jungen Menschen in Auseinandersetzung mit ihren Alltagswelten **demokratische Positionierungen** ermöglichen soll.

Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.²

- Das Jugendalter wurde in der Vergangenheit zunehmend **subjektiviert**. Hier gilt es, das Jugendalter als eigenständige Lebensphase (wieder) wahrzunehmen, die Gemeinsamkeiten dieser Phase wieder politisch stärker in den Kontext des Generationenzusammenhangs zu stellen und sich der gesellschaftlichen Verantwortung für die Jugend neu zu vergewissern und förderliche Rahmenbedingungen für sie zu setzen.
- Jugend ist im **Recht** nur sehr vage und uneinheitlich bestimmt. Es bedarf sowohl einer verbesserten Darstellung und Vereinheitlichung der wichtigsten Rechte von Jugendlichen und jungen Erwachsenen als auch ihrer gezielten Vermittlung im Jugendalter.
- Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbständigung sind **Kernherausforderungen** des Jugendalters. Der Qualifizierung wird hierbei mehr Gewichtung geschenkt. Aufgabe der Gesellschaft und Politik muss es aber sein, diese drei Dimensionen in ein Gleichgewicht zu bringen.
- Junge Menschen müssen verstärkt in die **politische Bildung** eingebunden werden. Hier ist ein in den Institutionen des Aufwachsens verankertes verbindliches Konzept einer politischen Bildung im Jugendalter notwendig, das neben der Aneignung von Wissen zu einer eigenen Positionsfindung und zu demokratischer Handlungskompetenz beiträgt.
- Das Jugendalter ist heute geprägt von Beschleunigung, Verdichtung, Institutionalisierung und Scholarisierung. Deshalb kommt es darauf an, das

² Die Forderungen sind entnommen aus dem Grundlagenpapier „Chancengerechtigkeit! Allen jungen Menschen Teilhabe ermöglichen“ der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V. zum Bundestagswahljahr 2017, Düsseldorf 26.01.2017

Jugendalter nicht nur im Hinblick auf Qualifizierungsprozesse zu betrachten, sondern ihnen auch Möglichkeiten zur Verselbständigung und zur Selbstpositionierung zu geben und **Freiräume** anzubieten.

- Eine demokratische Gesellschaft zeichnet sich durch ihre **Beteiligungsmöglichkeiten** aus. Institutionen und Politik sind aufgefordert eine zivilgesellschaftliche Beteiligungs- und Verantwortungskultur bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu entwickeln und zu stärken, um damit Beteiligung zu ermöglichen. Dieser Position schließt sich die BAG KJS an. Junge Menschen sollen **Bildungsprozesse mitgestalten**, mitbestimmen, was in ihrem sozialen Umfeld passiert, mitentscheiden über Fragen, die sie selbst betreffen und ihre Anliegen einbringen.

2. Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener – eine empirische Bestandsaufnahme

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Aktuell sind die Lebenslagen Jugendlicher durch **generationale Gemeinsamkeiten und soziale Ungleichheit** gekennzeichnet.

Statistisch betrachtet ist in etwa jeder neunte Mensch in Deutschland ein junger Mensch. Das ist ein Trend, der sich in den nächsten Jahren nicht verändern wird, da die Gruppe der Älteren weiter zunehmen wird. Außerdem gibt es eine Ungleichverteilung zwischen ländlichem Raum und Ballungszentren. Während in den Ballungszentren der Anteil an jungen Menschen zunehmen wird, sinkt er im Gegenzug in den ländlichen Regionen. Festzustellen ist, dass aufgrund der **generationalen Ungleichverteilung** die jungen Menschen bei Wahlen die politische Richtung nicht mehrheitlich beeinflussen können.

Etwa ein Viertel der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland sind selbst oder deren Eltern **zugewandert**. Auch hierbei sind regionale Unterschiede zu verzeichnen. Während in den Städten die Anzahl dieser Personengruppe überwiegt, gibt es im ländlichen Raum Regionen, die keinerlei Alltagserfahrungen mit diesem Personenkreis haben. Diese jungen Menschen sind meistens auch in Deutschland geboren und aufgewachsen und haben die Schule hierzulande durchlaufen. Seit Sommer 2015 ist der Anteil an Heranwachsenden durch die Fluchtbewegung gestiegen. Die meisten Heranwachsenden stammen aus Syrien, Albanien, Kosovo, Afghanistan und dem Irak.

Die **Jugendarbeitslosigkeit** hat in Deutschland den niedrigsten Stand seit Jahren erreicht. Zugleich dehnt sich jedoch der Übergang in die ökonomische Selbständigkeit für viele junge Menschen zeitlich deutlich aus, reicht teilweise bis weit in das Erwachsenenalter hinein und ist **durch Unsicherheiten und steigende Prekarität von Arbeitsverhältnissen** geprägt, die mit Befristungen und geringer Bezahlung einhergehen. Festzustellen ist auch, dass Jugendliche und junge Erwachsene immer länger im System der formalen Bildung verbleiben, insbesondere diejenigen mit niedrigen Qualifikationen und nicht – deutscher Staatsangehörigkeit. Für sie bestehen Barrieren in den Übergängen Ausbildung und Beruf. Aufgrund der genannten Faktoren kommen vorliegende Studien zu dem Ergebnis, dass junge Menschen insgesamt ein erhöhtes Risiko haben von **Armut** betroffen zu sein. Ein qualifiziertes, dauerhaftes Arbeitsverhältnis wird häufig erst nach befristeten und kurzfristigen Beschäftigungen erreicht. Weiter wurde festgestellt, dass junge Menschen mit einer niedrigeren Qualifikation zwar früher ins Erwerbsleben einsteigen, aber erst später einen eigenen Haushalt gründen. Umgekehrt verläuft es bei jungen Menschen mit einer höheren

Qualifikation. Sie gründen früher einen eigenen Haushalt. Somit ist die individuelle Verselbständigung eng an den Bildungsstand der jungen Menschen geknüpft.

Statistiken legen dar, dass die Anzahl an Hauptschülern weiter sinkt, während die Zahl der Gymnasiasten weiter ansteigt. Insgesamt wird festgestellt, dass **je höher der Sozialstatus der Eltern ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass ihre Töchter und Söhne einen gymnasialen Bildungsgang** besuchen. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen erreicht keinen höheren Bildungsabschluss als ihre Eltern, dies betrifft insbesondere den Aufstieg in akademische Ausbildungen. In Bezug auf Bildungsmobilität zeigen sich geringe Aufstiegschancen. Dennoch nehmen immer mehr junge Menschen ein Studium auf (etwa 50%), da es mittlerweile vielerlei Zugangsmöglichkeiten zu einem Studium gibt. Mit der Zunahme an Hochschulausbildungen erfolgt gleichzeitig auch eine Abnahme der Aufnahme von dualen Ausbildungen. Außerdem hängt das Angebot von Ausbildungsplätzen nicht nur von den individuellen Qualifikationen ab, sondern auch stark von den regionalen Bedingungen.

Aufgrund der verstärkten Qualifikationsorientierung in der Gesellschaft und bei den jungen Menschen rücken auch außerschulische **Freizeitangebote**, Vereine und Verbände in das Zentrum der Aufmerksamkeit, die der Nachfrage an Qualifizierung nachgehen müssen. Hierbei muss zweierlei angemerkt werden: Einerseits darf die informell verbrachte Freizeit nicht unterschätzt werden (Stichwort: Freiräume) und andererseits können solche weiteren (Qualifikations-) Angebote nicht von allen Jugendlichen gleichermaßen genutzt werden. Auch dieses Kriterium ist wieder abhängig von der sozialen Herkunft der jungen Menschen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Lebenslagen junger Menschen in Deutschland durch erhebliche soziale Ungleichheiten gekennzeichnet sind. Diese beziehen sich auf ihre ökonomische, bildungsbezogene und berufliche Situation und Teilhabe. Bedeutsam sind dabei zunächst regionale Bedingungen, wie die Sozialstruktur, die wirtschaftliche Lage, aber auch das Bildungsangebot. Sie wirken auf die Erfahrungen und Teilhabechancen junger Menschen ein. Nach wie vor hängen soziale Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland eng zusammen.

Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

- Jugend ist mit dem Übergang in die Volljährigkeit nicht beendet. Viele Übergangsschritte des Erwachsenwerdens haben sich nach hinten verschoben. Das Erreichen der Volljährigkeit darf insofern kein automatisches Ende von **jugendspezifischen Unterstützungsformen** und Politikstrategien sein, sondern bedarf besonderer gesellschaftlicher Integrationsleistungen. Daher fordert auch die BAG KJS das **Recht auf** eine betriebliche, fachschulische oder außerbetriebliche **Ausbildung**, die durch solidarische Instrumente finanziert werden soll.
- Noch immer entscheidet die soziale Herkunft über die Verteilung der sozialen Teilhabechancen und die Ermöglichung von Jugend. Hier ist einerseits ein **Ausgleich sozialer Ungleichheiten** notwendig, andererseits bedarf es einer gezielten Sozial- und Bildungspolitik des Jugendalters, die die Zugänge und die Förderung im institutionellen Gefüge des Aufwachsens offener und gerechter gestaltet. Deshalb fordert auch die BAG KJS, dass **Jugendwohnen ohne Einschränkung** zu gewährleisten ist, gerade bei jungen Menschen, die ihren Ausbildungsplatz außerhalb des gewohnten Umfeldes haben. Ein Unterschied in der Leistungsgewährung für minder- und volljährige BewohnerInnen ist abzuschaffen.

- Jungen Menschen mit einem **Migrationshintergrund** sind Möglichkeiten und Zugänge zu gewähren, damit diese unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, Migrationsgeschichte und ihrem Aufenthaltsstatus Jugend gleichermaßen und chancengerecht ermöglicht wird. Auch die BAG KJS fordert für diese Zielgruppe umgehend **Zugänge zum Bildungssystem** zu gewähren. Wichtig sind hierbei eine altersunabhängige Sprachförderung und die Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungsabschlüssen. Weiter wird von der BAG KJS für die MigrantInnen eine verlässliche Finanzausstattung nach den Richtlinien des Garantiefonds Hochschulbereich gefordert, um ihnen den Erwerb der Hochschulreife sowie eine akademische Laufbahn zu ermöglichen und damit mehr Chancengleichheit zu erreichen.

3. Alltagsleben, Ausdrucksformen und Handlungsräume Jugendlicher und junger Erwachsener

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Diese Kapitel widmet sich der Frage, was Jugendliche und junge Erwachsene konkret tun, insbesondere außerhalb von Bildungsinstitutionen. Dazu gehören: Familie, Beziehungen zu Gleichaltrigen, Paarbeziehungen, Jugendkulturen und Jugendszenen, politisches Engagement, Rassismus und Gewalt, Religion, Wohnregion und internationale Mobilität.

Familie

Familiäre Beziehungen sind im Jugendalter **bedeutsam**. Insbesondere die Beziehungen zu den Eltern sind für die Jugendliche wichtig. Allerdings bestimmen die familiären Rahmenbedingungen nach wie vor die Möglichkeitsräume der Jugendlichen. Erfahrungen in ökonomisch benachteiligten Familienzusammenhängen sowie schwierige und überforderte Familienbeziehungen schreiben sich maßgeblich in die Zukunftsorientierungen von Jugendlichen ein. Soziale Ungleichheiten werden so von der Eltern- auf die Jugendgeneration fortgeschrieben und verfestigen sich im Blick auf die Zukunft. Auffällig ist, dass Schulbesuch und **schulische Themen** immer stärker die gemeinsame Zeit auch in den Familien bestimmen. Besonders benachteiligt sind in diesen Fällen diejenigen Jugendlichen, denen dieser familiäre Rückhalt fehlt.

Beziehungen zu Gleichaltrigen

Besonders im Jugendalter gewinnen Beziehungen zu Gleichaltrigen erheblich an Bedeutung. Peergroups sind eine **zentrale Sozialisationsinstanz** neben der Familie. Sie erfordern aufgrund ihrer Freiwilligkeit und Gleichberechtigung ein hohes Maß an Kooperations-, Verhandlungs- und Kritikfähigkeit der Beteiligten und haben eine wesentliche Bedeutung für die Selbstpositionierungs- und Verselbständigungsprozesse im Jugendalter. Sie unterstützen bei der Bewältigung biografischer Herausforderungen, gesellschaftlicher Erwartungen und Übergänge im Jugendalter, indem sie in sehr unterschiedlicher Weise gruppenspezifisch Orientierungen vermitteln, Deutungsangebote zur Selbstpositionierung bereithalten und (phasenweise) Grenzüberschreitungen, aber immer auch Anpassungsprozesse ermöglichen. Einem kleinen Teil der Jugendlichen gelingt dieser Zugang zu solchen Peergroups jedoch nicht. Ihre Kontaktmöglichkeiten beschränken sich vorwiegend auf den institutionellen Rahmen.

Paarbeziehungen

Liebesbeziehungen und Partnerschaften sind für Jugendliche **äußerst wichtig**. Dabei prägen heteronormative Vorstellungen und Erwartungen die Entwürfe eines Großteils der Jugendlichen wie auch der Erwachsenenkultur, sodass davon abweichende Partnerschaften und Sexualbeziehungen häufig als normabweichend abgelehnt oder stigmatisiert werden. Als entscheidend für ein positives Erleben von Partnerschaft und Sexualität sowie die Bearbeitung negativer Erfahrungen erweisen sich die Bindungsqualität im Elternhaus und das Vorhandensein von Gesprächspartnern zu diesen Themen Peergroup und Schule. Eine Heirat ist nicht mehr Voraussetzung für die Familienplanung. Das Alter der Erstgeburt hat sich kontinuierlich nach hinten verschoben und stagniert seit Mitte der 1970er Jahre auf einem konstant niedrigen Niveau.

Jugendkulturen und Jugendszenen

Im Gegensatz zur Vergangenheit haben sich die Formen der Vergemeinschaftung heutzutage verändert. Insbesondere in den letzten beiden Jahrzehnten haben sich die **Kulturen und Szenen stark ausdifferenziert und pluralisiert**. Über die Bedeutung sozialer Ungleichheit für die Zugehörigkeit zu Jugendszenen wird kontrovers diskutiert. Einige Befunde sehen in Szenen Orte des milieuübergreifenden Austauschs und Zusammenlebens. Andere betonen, dass kulturelle Praxisformen zwar de-hierarchisiert werden, aber dennoch soziale Strukturunterschiede in ihrer Wirkung bestehen bleiben.

Politisches Engagement

Das politische Engagement von jungen Menschen reicht vom **regelmäßigen und dauerhaften Engagement in Jugendverbänden und Organisationen** über die Beteiligung bei **Online-Petitionen** und **Diskussionen in sozialen Netzwerken** bis zu **spontanem Engagement für geflüchtete Menschen**. Neben der Tatsache, dass das politische Engagement von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der weltpolitischen Lage abhängig ist, zeigt sich weiterhin, dass sich nicht alle Jugendlichen gleichermaßen interessieren und engagieren. So hängt das politische Interesse z.B. auch von familiären Bedingungen ab: Jugendliche aus höheren sozialen Milieus und mit höheren (angestrebten oder erreichten) Bildungsabschlüssen interessieren sich stärker für Politik als andere; das Handeln Jugendlicher, die in prekären Lebenslagen aufwachsen, wird hingegen am seltensten mit Politik in Verbindung gebracht.

Rassismus und Gewalt

Jugendliche und junge Erwachsene sind auch **Teil** der sich in den letzten Jahren verstärkt in Form einer gewalttätigen und rassistischen Anti-Asyl-Bewegung etablierenden **Neuen Rechten** in Deutschland. Dieses **Phänomen** ist aber **nicht als spezifisches Jugendproblem** zu verstehen, sondern als ein gesamtgesellschaftlicher Trend. Auch wenn Rechtsextremismus kein exklusives Problem ländlicher, strukturschwacher Regionen ist, entstehen in Regionen, in denen rechte Jugendgruppen dominieren und alltagsweltlich präsent sind niedrigere Zugangshürden für Jugendliche zu diesen Gruppen.

Religion

Ein Viertel der jungen Menschen geben an einer Religion anzugehören. Einerseits entwickeln Glaubensevents für Jugendliche eine wachsende Anziehungskraft, andererseits wächst auch die Zahl der Jugendlichen, die sich einer privat konstruierten Spiritualität zuwenden. Aktuell stehen junge Menschen wieder im **Zentrum der Ansprache durch fundamentalistische Gruppen**, hier vor allem der Islamismus. Die Offenheit für

fundamentalistische Ansprache ist bei jungen Menschen vor allem an das Bildungsniveau gekoppelt.

Wohnregion

Die **Wohnregion** stellt einen **wichtigen Bedingungsfaktor ungleicher Zugangs- und Teilhabechancen** dar, z.B. durch mangelnden Internetzugang, lange Fahrwege zur Schule und zu Vereinen, eingeschränkte Ausbildungsplatzwahl. So liegt die Zufriedenheit junger Menschen mit ihren Lebensbedingungen in ländlichen, strukturschwachen Regionen deutlich unter der von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in anderen Gebieten. Besser stellt sich die Situation dar, wenn die lokalen Vereinsstrukturen mit den Interessenslagen der Jugendlichen zusammenfallen. Gleiches Phänomen ist bei benachteiligten städtischen Wohnquartieren zu beobachten. Hier sind es vor allem die Faktoren Bildungsbenachteiligung und Schuleinzugsgebiet. Insgesamt wird es Jugendlichen in benachteiligten städtischen Wohnquartieren vor dem Hintergrund einer massiven Konfrontation mit pauschalisierenden Negativzuschreibungen deutlich erschwert ein positives Selbstbild zu entwickeln.

Internationale Mobilität

Gegenwärtig ist das Jugendalter durch höhere internationale Mobilität gekennzeichnet. Diese ist jedoch im Bildungsbereich deutlich durch soziale Ungleichheit geprägt. Andererseits besteht diese Mobilität auch im Zusammenhang mit Flucht und Migration. Auch hier zeigen sich **soziale Ungleichheiten**, wenn **zwischen erwünschter, auf Qualifizierung ausgerichteter Mobilität einerseits und Prozessen der (erzwungenen) Migration andererseits** wertend unterschieden wird.

Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

- Junge Menschen wachsen heute unter den Chancen, aber auch Unwägbarkeiten und Ungewissheiten einer **globalisierten Gesellschaft** auf. Das Gemeinwesen und die lokalen Institutionen müssen dafür Sorge tragen, dass jungen Menschen soziale und demokratische Räume eröffnet werden, die die Prozesse der Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbständigung in der globalisierten Gesellschaft ermöglichen.
- Die BAG KJS fordert in diesem Zusammenhang die **EU – Jugendstrategie** in Deutschland wieder stärker zu verankern und fortzuführen und sie als Grundlage aller jugendpolitischen Entscheidungen zu verstehen. Im Vordergrund soll die soziale, politische und berufliche Teilhabe aller jungen Menschen nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene stehen.

4. Das digital-vernetzte Leben Jugendlicher

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Die digitalen Medien stellen in diesem Jahrhundert eine wesentliche Veränderung im Alltagsleben der Jugendlichen dar. Bildungs- und Teilhabeerfahrungen Jugendlicher sind heute unmittelbar mit Medienerfahrungen verknüpft. Auch beim Zugang zu Medien und beim Medienhandeln selbst sind Formen **sozialer Ungleichheit** erkennbar. Deutlich wird ebenfalls, dass junge Menschen die Herausforderungen, die mit der digitalen Kommunikation

und Infrastruktur einhergehen, **weitestgehend individuell bewältigen**. Familie, Schule und Jugendhilfe unterstützen die Selbstpositionierungen und Verselbständigungsprozesse Jugendlicher nur bedingt.

Das Internet stellt sich als eine Medaille mit zwei Seiten dar. Einerseits bieten die digitalen Medien einen **Ermöglichungsraum** mit Möglichkeiten zur Kommunikation (Soziale Netzwerke, Messenger-Apps, Audio- und Videodateien sowie digitale Spiele) durch mobile Geräte, die relativ zeit-, orts- und situationsunabhängig nutzbar sind. Andererseits fordert die Netzkultur die jungen Menschen auf die notwendigen **Grenzmarkierungen** in Generations- und Peerbeziehungen sowie auch in ästhetischen, wertbezogenen und sozialen Fragen zu setzen. Aktuell bewältigen junge Menschen die digitale Grenzarbeit vor allem **individuell** und im **Kontext ihrer Peers**. Bei der **Medienkompetenzvermittlung** sehen Eltern aktuell vor allem die **Schulen** in der Pflicht. Parallel formulieren sie Erwartungen an die **Politik**, die stärker **Jugendschutzmaßnahmen** fördern sollen. Aber mit der Einführung und Berücksichtigung vernetzter und (audio-)visueller Medien in den Schulalltag tut sich die Schule bis heute schwer. Durch eine stärkere Kooperation mit außerschulischen Partnern zeichnen sich vielversprechende Möglichkeiten ab, diese werden aber längst nicht ausgeschöpft. Die **Kinder- und Jugendhilfe** tut sich ebenfalls noch schwer damit, Medienbildungsprozesse zu unterstützen. Auch ihnen fehlt es bis dato noch an klaren Richtlinien im Umgang mit den digitalen Medien. **Zusammenfassend** zeigt sich, dass das institutionelle Gefüge des Aufwachsens wenig Verantwortung übernimmt, um Jugend auch digital zu ermöglichen. Weder stellt es ausreichend Zugänge und Angebote bereit, noch schafft es Lern- und Bildungsräume dafür, dass sich junge Menschen aktiv am Diskurs der Informations- bzw. Netzwerkgesellschaft beteiligen können.

Die Zugänge zum Internet sind für Gruppen Jugendlicher begrenzt und reproduzieren auch auf der Handlungsebene **soziale Ungleichheiten**. Ursächlich hierfür sind strukturelle Bedingungen wie ländliche Regionen, die schlichtweg schlechter an das digitale Netz angeschlossen sind. Außerdem spielen auch hier die familiäre Herkunft, der soziale Status, die ethnische und nationale Zugehörigkeit sowie auch das Geschlecht, aber auch umwelt- und technikbedingte Barrieren eine Rolle. Vom Risiko der digitalen Exklusion sind aktuell vor allem junge Menschen mit Behinderungen, geflüchtete Jugendliche und junge Menschen in prekären Lebenskonstellationen betroffen. Das Internet stellt sich damit längst nicht für alle Jugendlichen als ein gemeinsamer Ermöglichungsraum dar, über den Lern-, Bildungs- und Identitätsentwicklungsprozesse gefördert werden können. Vielmehr zeigt sich, dass bereits bestehende soziale Ungleichheiten in der Gesellschaft auch online reproduziert werden.

Die digitale Teilhabe findet vorwiegend in kommerziellen Sozialen Netzwerken statt und hat ihren Preis durch die **Freigabe persönlicher Daten**. Der Zugriff auf diese Daten ist den Jugendlichen mehrheitlich bekannt und die heißen dies in der Regel auch nicht gut. Soziale Inklusion ist somit im digitalen Ermöglichungsraum nur unter Preisgabe persönlicher Daten möglich. Dies erklärt wohl auch, warum Jugendliche zwar Risiken ihres Handelns benennen, aber ihr eigenes Handeln oftmals nicht entsprechend ausrichten (können). Ob und wie selbstbestimmt Menschen online partizipieren können, hängt somit nicht nur von den gesellschaftlichen und technischen Rahmenbedingungen, vorhandenen Ressourcen und Medienkompetenzen ab, sondern auch von infrastrukturellen Voraussetzungen.

Forderung des 15. Kinder- und Jugendberichts und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

Um Jugend zu ermöglichen, sind zukünftig ein verbesserter Persönlichkeitsschutz, die Informations- und Meinungsfreiheit und die informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten und die Datenschutzregelungen und –maßnahmen hieran anzupassen. Gefordert wird eine **jugendmedienpolitische Rahmung**, die sich zur Durchsetzung von Medienbildungsinteressen verpflichtet und eine verstärkte Verantwortungsübernahme von Seiten der Institutionen und Unternehmen erreicht.

5. Auf dem Weg zur Ganztagschule als Regelangebot – Zwischenbilanz aus einer jugendorientierten Sicht

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Der Aus- und Umbau der Schulen zu Ganztagschulen ist in den letzten 15 Jahren vorangeschritten. Sie ist ein zeitlich und inhaltlich erweitertes Schulangebot, das aufgrund des Umfangs den Alltag junger Menschen strukturiert und prägt und sich somit zu einem Angebot für Jugendliche entwickelt, das die Schule zum Lern- und Lebensort verändert. Aktuell besteht eine **Vielfalt** von Formen an Ganztagschulen, z.B. in Bezug auf Organisation, Angebote und Teilnahme, so dass nicht von „der“ Ganztagschule gesprochen werden kann. Außerdem wird die **Altersfrage** bislang weitgehend ausgeblendet, d.h. beim Ganztagsangebot wird nicht zwischen Elementar- und Sekundarstufe differenziert. Aufgrund der Variationsbreite an Ganztagschulen und der mangelnden Altersdifferenzierung ist es schwierig eine Bilanz aus einer jugendbezogenen Perspektive zu ziehen. Festzustellen ist, dass mit steigendem Jugendalter ein allmähliches „Abwählen“ des Ganztags beginnt. Positive Effekte des Besuchs einer Ganztagschule sind ein leicht verbessertes Sozialverhalten, eine leicht sinkende Zahl von Klassenwiederholungen und eine Entlastung des Eltern-Kind-Verhältnisses. Das Ziel durch außerschulische Kooperationspartner die Schulen zu kohärenten Bildungslandschaften vor Ort zu entwickeln und die Schule als Lern- und Ermöglichungsraum zu gestalten wurde bisher nur ansatzweise erfüllt. Dass Ganztagschulen zur Verbesserung von Schulleistungen bzw. dem Erwerb entsprechender Kompetenzen führen oder zum Abbau herkunftsbedingter Ungleichheiten in der Bildungsförderung, konnte bislang nicht nachgewiesen werden. Bisher werden bei der Gestaltung und Weiterentwicklung der Ganztagschulen die Sichtweisen und Interessen der Jugendlichen wenig berücksichtigt. Dabei bewerten Jugendliche ihre Zufriedenheit mit der Ganztagschule nach den Möglichkeiten der **Partizipation**, der Einbeziehung außerschulischer Partner, der interessen- und jugendorientierten Gestaltung und nach dem Zusammenspiel unterschiedlicher Bildungs- und Erfahrungsräume. Die Ganztagschule muss sich der Frage stellen, ob sie der Grundidee einer multiprofessionellen Gestaltung an der Schule als Lern- und Lebensort unter Berücksichtigung der Interessen und der Beteiligung Jugendlicher durch entsprechende Handlungskonzepte Rechnung tragen kann und will. Ganztagschulen sind auf die **Kooperation mit außerschulischen Partnern**, wie z.B. Kinder- und Jugendhilfe, Sport und Kultur, angelegt. Diese Zusammenarbeit erweist sich häufig als relativ fragil, z.B. durch zeitlich befristete Verträge der außerschulischen Akteure. Folglich ist eine breit angelegte, selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen der Ganztagschule und ihren Partnern bislang nicht erkennbar. Dabei läge vor allem in dieser Kooperation die Chance, Schule auch als Bildungsort zu verstehen, an dem Jugendliche selbst organisierte Formen des sozialen Lernens und eigene Positionierungen entwickeln können.

Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

- Der 15. Kinder- und Jugendbericht und die BAG KJS verfolgen das Ziel die Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche zu intensivieren, d.h. auch in der Ganztagschule sind für die Jugendlichen wirksame Zugänge und Möglichkeiten zu schaffen, um **Partizipation** zu eröffnen und zu gewährleisten. Das erhöht einerseits die Attraktivität des Angebots, andererseits werden damit Aspekte politischer Bildung, wie Demokratielernen in Gruppen, Verantwortungsübernahme und solidarische Erfahrungen, gefördert. Jugendliche sind bei der Ausgestaltung und Qualitätssicherung der Angebote zu beteiligen. Außerschulische Partner, wie z.B. die Kinder- und Jugendhilfe, können mit ihren Erfahrungen den Aufbau von Beteiligungsstrukturen begleiten.
- Ganztagschulen haben zum Ziel sozialen Ausgrenzungsprozessen entgegenzuwirken und somit die Bildungsgerechtigkeit zu fördern. Das bedeutet, auch diejenigen Jugendlichen zu unterstützen, die mit den herkömmlichen Lernformen in den Schulen nicht zurechtkommen. Die BAG KJS unterstreicht diese Zielsetzung und fordert im **Bildungsbereich Chancengleichheit** für alle. Dieses Ziel ist nur zu erreichen, wenn es gelingt, **bedarfsgerechte und individuelle Lernstrukturen** zu schaffen. Die BAG KJS und der Bericht betonen, dass dabei Angebote der Kinder- und Jugendhilfe diesen Prozess hilfreich unterstützen können.
- Für die Ganztagschule bedarf es **gesicherter Rahmenbedingungen**. Beide, der 15. Kinder- und Jugendbericht und die BAG KJS, fordern, dass dazu eine verbindliche bildungspolitische Klärung über das Verständnis von Ganztagschulen mit Sekundarstufe sowohl über ihre Form und Finanzierung als auch über ihre inhaltlichen Perspektiven gehört. Damit eine Kooperation mit außerschulischen Partnern stattfinden und auf Augenhöhe gelingen kann, bedarf es einer Erweiterung des Angebots auf jugendorientierte Konzeptionen mit dazugehörigen längerfristigen Kooperationsverträgen, die über die beruflichen Qualifizierungsprozesse hinausgehen. Die Kinder- und Jugendhilfe mit ihrem expliziten gesetzlichen Auftrag zur Gestaltung förderlicher Bedingungen des Aufwachsens von jungen Menschen kann als verantwortliche Mitgestalterin der Ganztagschule beteiligt werden.

6. Kinder- und Jugendarbeit im gesellschaftlichen Wandel

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Allgemein

Als freiwilliges, jugendspezifisches und nicht – kommerzielles Angebot eröffnet die Kinder- und Jugendarbeit jungen Menschen Gelegenheiten in einem organisierten Rahmen jenseits der eigenen Familie und der Schule sich mit Gleichaltrigen zu treffen, sich ohne schulische Vorgaben einzubringen, neue Erfahrungen zu machen und auch Verantwortung zu übernehmen. Aktuell sieht sich die Kinder- und Jugendarbeit mit neuen **Spannungsfeldern und Herausforderungen** konfrontiert. Sie liegen u.a. in der Ausweitung der Schule und den damit verbundenen Veränderungen des Schulalltags, aber auch in der Vervielfältigung, Pluralisierung, Mediatisierung und Kommerzialisierung jugendlicher Lebens- und Freizeitwelten, dank derer junge Menschen weitaus mehr leicht erreichbare und für sie attraktive Angebote vorfinden.

Die Anzahl der Einrichtungen und auch das Personal in der Kinder- und Jugendarbeit sind **gesunken**. Gleichzeitig sind aber **steigende Ausgaben** in der Kinder- und Jugendarbeit zu verzeichnen. Es muss davon ausgegangen werden, dass diese Steigerung der Kosten auf die Nachmittagsbetreuung für SchülerInnen zurückzuführen ist.

Die Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet u.a. die **Jugendverbandsarbeit** (z.B. Sportvereine oder konfessionelle Jugendgruppen), **kulturelle Angebote**, **Ferienfreizeiten** und **Angebote in Jugendzentren**. Außerdem engagieren sich viele Jugendliche auch ehrenamtlich. Das sind Orte, an denen sie sich einbringen und an deren Gestaltung sie eigenverantwortlich mitwirken können. Von den Jugendlichen wird vor allem die soziale Funktion der Angebote geschätzt. Die Teilnahme daran ist abhängig vom sozialen Status, Migration, Geschlecht und Wohnort.

Herausforderungen für die Kinder- und Jugendarbeit

- Die Angebotspalette der Kinder- und Jugendarbeit ist sehr **vielfältig**. Darin spiegelt sich auch die zunehmende **Diversität der Lebenslagen** Jugendlicher wieder, auf die die Kinder- und Jugendarbeit eingehen muss.
- Die Kinder- und Jugendarbeit muss sich auch dem **Inklusionsprozess** stellen und ihre Angebote dementsprechend weiterentwickeln.
- Durch die Veränderungen des Alltagslebens Jugendlicher im Zuge der **Ganztagserschulung** wurde empirisch herausgestellt, dass die Kinder- und Jugendarbeit in vielfältigen Formen an **Nachmittagsangeboten** für SchülerInnen beteiligt ist.
- Die Kinder- und Jugendarbeit steht in einer langen Tradition, sich als Bildungsort zu verstehen und Gelegenheitsstrukturen für Bildungsprozesse bereitzustellen, die sich jenseits von Zertifizierungsfragen bewegen. Dem gegenüber besteht aktuell bei jungen Menschen die Forderung nach einer Sichtbarmachung und Anerkennung der in der Kinder- und Jugendarbeit erworbenen Bildungsleistungen. An dieser Stelle ist die Kinder- und Jugendarbeit nun aufgefordert die **Balance** zwischen **Sichtbarmachung von Kompetenzen und Qualifikationen** einerseits und **Erhaltung des ursprünglichen Charakters** ihrer Arbeit andererseits zu finden.
- Für die Zukunft der Demokratie in einer komplexen und global vernetzten Gesellschaft stellt sich z.B. die Frage, wie Orientierungen in der unübersichtlicher werdenden Welt vermittelt, wie politische Entscheidungen transparent gemacht und wie Räume für Partizipation eröffnet werden können. Dabei ist die große Stärke der Kinder- und Jugendarbeit, dass sie **politische Bildung** über die Vermittlung von Wissen hinaus als eine Ort der eigenen Interessensfindung und der Selbstpositionierung für gesellschaftliche und individuelle Belange begreift und, leichter als die Schule, politische Bildung in den Kontext der Alltagswelten Jugendlicher stellen und mit ihnen gemeinsam gestalten kann.
- Kinder- und Jugendarbeit bietet einen **Ortswechsel**. In einem von der Alltagswelt graduell geschützten Raum, lassen sich eher zugespitztere und selbstbestimmtere Positionen und auch Gegenentwürfe entwickeln.
- Der 15. Kinder- und Jugendbericht vermutet, dass sich eine schleichende **Verschiebung** der Infrastruktur **zugunsten** der **Jugendsozialarbeit** und den schulbezogenen Nachmittagsangeboten abzeichnet, die **zulasten** der Finanzierung von **Kinder- und Jugendarbeit** geht.

Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts

- Kinder- und Jugendarbeit muss sich immer wieder **vergewissern**, ob sie die konzeptionelle Orientierung mit den Schwerpunkten Akzeptanz der Heterogenität von Jugend, Freiwilligkeit, Selbstorganisation und Partizipation einlöst und somit Jugend ermöglicht.
- Jugendlichen werden in der Kinder- und Jugendarbeit vielfältige Gelegenheiten und Räume eröffnet, ihre Positionen gemeinsam zu entwickeln, auszutauschen, zu diskutieren und zu reflektieren. Somit kann sie **politische Bildung** und damit verbundene Handlungsoptionen konkret erfahrbar und erlebbar machen. Im Horizont der globalen Entwicklungen kommt der politischen Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit mehr denn je eine hohe Bedeutung zu.
- Zwischen der **Kinder- und Jugendarbeit** und der **Jugendsozialarbeit** entstehen durch das Bedienen gleicher Zielgruppen neue **Berührungspunkte**, die im Lichte der sozial- und bildungspolitischen Gesamtverantwortung der Kinder- und Jugendhilfe für das Aufwachsen von jungen Menschen **neuen Klärungs- und Verständigungsbedarf** aufwerfen. In Anbetracht einer wachsenden gesellschaftlichen Heterogenität und Vielfalt werden die Erwartungen an die Kinder- und Jugendarbeit in dieser Hinsicht eher zunehmen.
- Wenn sich Kinder- und Jugendarbeit in der **Weiterentwicklung der Ganztagschule** einbringen soll, dann bedarf es sowohl entsprechender finanzieller und personeller Ressourcen als auch der Anerkennung des Eigensinns der Kinder- und Jugendarbeit durch die Schule. Die Kinder- und Jugendarbeit kann dabei ebenso wenig auf bloße Betreuung reduziert werden wie auf die Rolle des Freizeitansbieters. Allerdings kann und sollte die Kinder- und Jugendarbeit, soweit dies möglich ist, offensiv Handlungskonzepte zu ihrer Rolle in der Ganztagschule entwickeln und einbringen.

7. Soziale Dienste für Jugendliche und junge Erwachsene im institutionellen Gefüge des Aufwachsens

Situation der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus der Sicht des 15. Kinder- und Jugendberichts

Soziale Dienste für Jugendliche und junge Erwachsene sollen dazu beitragen jungen Menschen in prekären Lebenslagen Jugend zu ermöglichen. Hierzu werden insbesondere:

- das Übergangssystem im Rahmen der Berufsausbildung,
- die Hilfen zur Erziehung,
- die Sozialen Dienste für Menschen mit Behinderungen und
- die Dienste für geflüchtete junge Menschen

beleuchtet.

Übergangssystem im Rahmen der Berufsausbildung

Das Übergangssystem hat einen festen Platz im institutionellen Gefüge des Aufwachsens. Die Trägervielfalt in diesem Bereich hat zu einem unübersichtlichen **Übergangsdschungel** geführt, der Jugendlichen und jungen Erwachsenen verwirrend erscheint. Der Fokus dieser Maßnahmen liegt auf den Qualifizierungsprozessen. Die Erwartungen an Verselbständigung und Selbstpositionierung junger Menschen und auch die Ziele der jungen Menschen selbst erfordern umfassendere Konzepte.

Hilfen zur Erziehung

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung wird aktuell festgestellt, dass von jungen Volljährigen erwartet wird, in der Regel bereits mit 18, spätestens aber mit 21 Jahren, die Hilfen zu beenden. Sie sind somit wesentlich früher mit der Erwartung konfrontiert ihr Leben selbständig in die Hand zu nehmen als ihre Altersgenossen. Darin zeigt sich ein **Mangel in der Verantwortungsstruktur**. Junge Volljährige sollten über ihre Rechte in der Kinder- und Jugendhilfe informiert und ihnen entsprechende Hilfen bewilligt werden. Außerdem sollte eine Infrastruktur geschaffen werden durch die junge Volljährige weiter betreut werden und sie auch nach Beendigung dieser Hilfen weitere Unterstützung finden können.

Soziale Dienste für Menschen mit Behinderungen

Für junge Menschen mit Behinderung sind folgende zwei Aspekte von besonderer Bedeutung: Gelingensfaktoren für den **Übergang in die Arbeitswelt** und **Möglichkeiten selbständigen Wohnens**. Politik und soziale Dienste haben bei der erfolgreichen Bearbeitung dieser beiden Aspekte eine besondere Verantwortung die Inklusion für diese jungen Menschen zu ermöglichen.

Dienste für geflüchtete junge Menschen

Geflüchtete junge Menschen werden in der Gesellschaft ebenfalls mit Qualifizierungs-, Selbstpositionierungs- und Verselbständigungserwartungen konfrontiert, die sie allerdings häufig unter sehr unklaren persönlichen, sozialen und rechtlichen Bedingungen zu meistern haben. Hier gilt es **Standards** für verlässliche, fachlich fundierte und transparente Infrastrukturen für die Unterstützung und Begleitung von geflüchteten jungen Menschen zu entwickeln, die in erster Linie den jungen Menschen, aber auch den Fachkräften Maßstäbe und Sicherheit in ihrem Handeln geben.

Forderungen des 15. Kinder- und Jugendberichts und der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) e.V.

- Jungen Menschen in prekären Lebenskonstellationen Jugend zu ermöglichen, liegt in der öffentlichen Verantwortung des sozialen Rechtsstaats. Hierbei haben Politik und soziale Dienste eine **besondere Verantwortung**, dass dies gelingt. Für schwer erreichbare Jugendliche fordert auch die BAG KJS ausreichende Mittel in den Jobcentern für die konsequente Anwendung des neuen **§ 16h SGB II** zur Förderung dieser Zielgruppe und den Ausbau von aufsuchenden Ansätzen im Rahmen von Maßnahmen der Aktivierung und beruflichen Eingliederung.
- Die BAG KJS fordert, dass die Sanktionsvorschriften des SGB II abzuschaffen sind, da sie junge Menschen ihrer Existenzgrundlage berauben und die prekäre Lebenssituation weiter verschärfen, indem sie zu Armut oder delinquenten Verhalten führen.
- Der Übergangsdschungel im Übergangssystem Schule – Berufsausbildung stellt sich als intransparent und unübersichtlich dar und wird somit dem Jugendalter nicht gerecht. Insgesamt sind diese sozialen Dienste dahin gehend zu überprüfen und systematisch abzusichern, inwieweit sie nachhaltig die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in ihrer jeweiligen Lebenslage erreichen und dabei deren persönliche Rechte wahren (Stichwort: **pädagogische Ausrichtung**). Auch die BAG KJS fordert, dass insgesamt **zwischen den Gesetzbüchern SGB II, III und VIII** eine **gemeinsame Angebots- und Maßnahmenplanung** sowie verpflichtende

Förderplanverfahren benötigt werden. Daher sind Vorschriften zur Zusammenarbeit als verpflichtende Vorgabe in allen drei Gesetzbüchern zu verankern.

- Die BAG KJS fordert, dass eine konsequente **Weiterentwicklung der Assistierten Ausbildung (AsA)** zu einem flexiblen, bedarfsgerechten und handhabbaren Instrument unter Einbeziehung der freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe stattfindet.
- Ebenso wie der 15. Kinder- und Jugendbericht kommt die BAG KJS zu dem Ergebnis, dass die Unterstützung junger Menschen bis zu 27 Jahren auf ihrem Weg in die Selbständigkeit eine Kernaufgabe der Kinder- und Jugendhilfe ist. Daher muss sie ihrer **Verpflichtung** nachkommen, auch **für junge Volljährige Hilfen anzubieten**.
- Ein **inklusives Bildungssystem zu realisieren**, so betonen der Bericht und die BAG KJS, muss das Ziel von Politik und der sozialen Dienste sein.
- Geflüchtete junge Menschen haben ein Recht darauf, dass ihnen transparent gemacht wird, welche **Rechte, Perspektiven und Chancen** sie in Deutschland haben. Auch müssen sie vor rassistischen und diskriminierenden Zuschreibungen und Übergriffen geschützt werden. Folglich sind belastbare Infrastrukturen in den Kommunen zu entwickeln, die auf fachlichen Standards basieren. Zudem ist die zivilgesellschaftliche Unterstützung von jungen Geflüchteten systematisch und politisch zu stärken. Diese Forderung des 15. Kinder- und Jugendberichts unterstützt die BAG KJS. Sie setzen sich für bedarfsgerechte, **mittel- bis langfristige Ansätze mit verlässlicher Finanzierung und entsprechende rechtlichen Rahmenbedingungen** ein. Damit keine Zweiklassengesellschaft entsteht, muss der **Zugang zu Bildung für alle Geflüchteten** unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus bestehen.
- Weiter fordert die BAG KJS, dass mit der **Ausweitung der Zuständigkeit der Jugendmigrationsdienste für junge Geflüchtete** die Haushaltsmittel für diese Dienste aufzustocken und mittelfristig fortzuschreiben sind.

Nicole Schulz
IN VIA Deutschland
Referentin für Jugendsozialarbeit und Bildung
Nicole.Schulz@caritas.de
22.03.2017